

Günter Woltering und seine
Nachfolgerin Dr. Yasmin
Alinaghi
Fotos: Kim J. Kibler

„Ihr Einsatz war vorbildlich“

Feierlicher Wechsel in der Landesgeschäftsführung des PARITÄTISCHEN Hessen: 170 Gäste verabschiedeten Günter Woltering und begrüßen Dr. Yasmin Alinaghi.

Den Mauerfall und die Einführung der Pflegeversicherung nannte der scheidende Landesgeschäftsführer Günter Woltering in seiner Abschiedsrede als Meilensteine seiner Amtszeit. Seine Nachfolgerin Dr. Yasmin Alinaghi formulierte die Bekämpfung von Armut und Wohnungsnot als zentrale Herausforderungen für ihre neue Aufgabe. Über

der kommenden Landtagswahl schwebte der drohende Einzug der AfD ins Parlament wie ein Damoklesschwert. „Die menschenverachtenden Parolen der AfD widersprechen allem, wirklich allem, wofür der PARITÄTISCHE steht“, sagte die neue Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen vor 170 Vertreter_innen von Mitgliedsorganisationen und gela-

denen Gästen, die Ende November nach Frankfurt gekommen waren, um den Wechsel zu feiern.

Die Digitalisierung wolle sie als weiteres Schwerpunktthema für die kommenden Jahre setzen, kündigte Dr. Yasmin Alinaghi an: „Digitalisierung ist kein Widerspruch zur Arbeit am Menschen und nicht gleichbedeutend



Stehender Applaus für Günter Wolterings Lebenswerk.

mit Qualitätsverlust“, betonte sie: „Sie ist vielmehr ein Werkzeug, das Teilhabe erleichtern kann und vielfältige Möglichkeiten bietet.“ Die promovierte Politikwissenschaftlerin war zuvor Mitgeschäftsführerin des gemeinnützigen Bildungsanbieters Carl Duisburg Centren in Köln. Ihre berufliche Lauf-

bahn begann sie als Mitarbeiterin im EU-Parlament und beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR. Anschließend war sie mehr als 20 Jahre im Bereich IT und Telekommunikation tätig. „Ich habe mich bewusst gegen das ‚Höher, schneller, weiter‘ in der freien Wirtschaft und für die sozialpolitische Arbeit im PARITÄTISCHEN entschieden.“

gration sowie die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, so der Staatssekretär.

Für die Liga der Freien Wohlfahrtspflege würdigte Diözesancaritasdirektor Thomas Domnick Günter Woltering als „gradlinigen Kämpfer“. Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann, der früher Grundsatzreferent beim PARITÄTISCHEN Hessen war, stellte das Thema Wohnen in den Mittelpunkt seiner Rede. Auf dem Wohnungsmarkt seien „Spekulant und Zocker unterwegs“. Dies werte er als „Kriegserklärung gegen die einfache Bevölkerung in der Region“. Als „stocksolide, aber nicht langweilig“ charakterisierte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Gesamtverbands, den scheidenden Landesgeschäftsführer.



Staatssekretär Dr. Dippel sprach für die Landesregierung.

Günter Woltering wurde nach 34 Jahren im Amt in den Ruhestand verabschiedet. Als er in den frühen 1980er-Jahren die Landesgeschäftsführung des PARITÄTISCHEN Hessen übernahm, hatte der Verband drei Beschäftigte und 236 Mitgliedsorganisationen. Unter seiner Führung stieg die Zahl der Mitarbeiter_innen auf rund 70 und die der Mitgliedsorganisationen auf etwa 800.

Zu den Gastrednern, die bei der Feier Günter Wolterings Lebensleistung würdigten, gehörte Dr. Wolfgang Dippel, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration: „Sie sind überzeugend in der Sache. Dafür haben Sie und Ihr Verband immer gestanden. Wir haben wirklich gut zusammengearbeitet, auch wenn wir natürlich unterschiedliche Positionen hatten.“ Wichtige sozialpolitische Themen seien derzeit Migration und Inte-

Anne Franz, Ehrenvorsitzende des PARITÄTISCHEN Hessen und langjährige Weggefährtin, lobte die „von menschlichem Vertrauen geprägte Zusammenarbeit“. Dr. Wolfgang Werner, Vorstandsvorsitzender des PARITÄTISCHEN Hessen, ließ Günter Wolterings Amtszeit anhand von historischen Fotos Revue passieren und dankte im Namen des gesamten Vorstands: „Ihr Einsatz war vorbildlich.“

Barbara Helfrich

Kein Zimmer frei für psychisch Kranke

Was hilft gegen die Wohnungsnot? Bei einer Fachtagung des PARITÄTISCHEN in Frankfurt wurde darüber kontrovers diskutiert

Stein auf Stein entstand am Ende der Debatte eine Hauswand aus bunten Kartons. Zu lesen waren darauf ganz unterschiedliche Vorschläge, wie die Wohnraumversorgung für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung verbessert werden könnte. „Mehr Bauland ausweisen“ oder „Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum“, hatten die Teilnehmer_innen der Podiumsdiskussion, die den PARITÄTISCHEN Fachtag zum Thema abschloss, notiert. Einige von ihnen sahen in mehr staatlicher Steuerung die Lösung, andere forderten eine Deregulierung des Wohnungsmietmarkts. So etwa Ulrich Caspar. Es gebe es keinen Mangel an Gewerbeflächen, argumentierte der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag. Dies zeige, dass das weniger stark regulierte Gewerbemietrecht einen Anreiz biete, in diesem Sektor zu investieren, daher solle auch das Wohnungsmietrecht gelockert werden.

„Weg von der Profitorientierung“, sagte dagegen Hermann Schaus. Der wohnungspolitische Sprecher der hessischen Linksfraktion forderte „eine neue Gemeinnützigkeit auf dem Wohnungsmarkt“. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften müssten ihrem Auftrag gerecht werden, preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Zwei Drittel aller Mietwohnungen seien in Privatbesitz, betonte dagegen Gerald Lipka, Geschäftsführer des BFW Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen. Und diesen privaten Eigentümer stelle sich bei der Suche nach Mietern vor allem die Frage: „Was haben sie an Attraktivität zu bieten?“ Eine ZuhörerIn aus dem Publikum, in dem vor allem Einrichtungen aus der Eingliederungshilfe vertreten waren, konterte: „Unsere Klientel bringt keine Attraktivität mit. Aber der Auftrag, Inklusion zu leisten, gilt für alle gesellschaft-



lichen Gruppen, auch für die Immobilienwirtschaft.“

Dass Menschen mit Behinderung in „Kästen am Rande der Gesellschaft“ leben, widerspreche der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Bundesteilhabegesetz, betonte Joachim Schröck, stellvertretender Vorsitzender des Behinderten-Werks Main-Kinzig. Doch die Ambulantisierung stagniere, weil es für Träger und Klient_innen immer schwieriger werde, Wohnungen anzumieten: „Wir fühlen uns allein gelassen“. Sein Vorschlag: So wie es einen Zweiten Arbeitsmarkt für Benachteiligte gibt, müsse auch ein Zweiter Wohnungsmarkt geschaffen werden.

„Die bestehenden Mechanismen des freien Wohnungsmarkts funktionieren nicht“, stellte Marcus Bocklet fest. Der sozialpolitische Sprecher der Grünen im Hessischen Landtag sagte, es brauche „einen großen Schub an sozialem Wohnungsbau“. Doch wenn Bauland ausgewiesen werden soll, stoße das oft auf Widerstand in der Bevölkerung, vor allem, wenn Gebäude für geflüchtete Menschen oder für die Behindertenhilfe geplant würde, tue sich „ein Blick in tiefe Abgründe“ auf. Als Diskriminierung wertete es Elke Barth, dass immer mehr Bevölkerungsgruppen aus dem Ballungsraum verdrängt würden. Die wohnungsbaupolitische Sprecherin der hessischen SPD-Fraktion schlug unter anderem vor, die Mietobergrenzen anzuheben,

die für Empfänger_innen von Sozialleistungen gelten, um ein „inklusives Gemeinwesen“ zu schaffen.

Sylvia Kornmann vom Landesverband der Psychiatrienerfahrenen kritisierte, dass Betroffene in Einrichtungen unter sich bleiben. Sie plädierte für alternative Wohnformen wie WGs.

Dass Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden sollten, betonte auch Manfred Desch vom Landesverband Hessen der Angehörigen psychisch Kranker: „Den Normalos die Welt der Psychiater-Erfahrenen näher zu bringen, kann beim Abbau von Stigmata helfen.“

Wohnen ist ein Menschenrecht

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Die Situation auf dem deutschen – und auch dem hessischen – Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Die Versorgung mit geeignetem und bezahlbarem Wohnraum stellt mittlerweile nicht nur für Menschen in besonderen Lebenslagen, wie obdachlose Menschen, Geflüchtete, Menschen mit Behinderung, ältere oder einkommensschwache Menschen, eine große Herausforderung dar. Auch Haushalte mit mittleren Einkommen sind inzwischen betroffen.

Wohnen bedeutet aber auch Begegnung und Zusammenleben, Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb wird der PARITÄTISCHE Hessen das Thema „Bezahlbarer Wohnraum für Alle!“ auch als einen Schwerpunkt im Landtagswahljahr 2018 setzen.

Schlechte Noten für schulische Inklusion in Hessen



An der Sophie-Scholl-Schule in Gießen ist inklusiver Unterricht Alltags, ansonsten in Hessen aber noch längst nicht selbstverständlich.
Foto: Marta Krajnovic

Hessen ist auch im Schuljahr 2016/2017 mit einer schulischen Inklusionsquote von nur 26,8 Prozent das Schlusslicht im bundesweiten Ländervergleich. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Statistik der Kultusministerkonferenz.

Demnach liegt Hessen weit abgeschlagen unter dem Bundesdurchschnitt, nach dem 41,1 Prozent aller Schüler_innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf eine Regelschule besuchen.

„Der niedrige Inklusionsanteil in hessischen Schulen ist ein klares Indiz dafür,

dass das Land zu wenig in diesen Bereich investiert, obwohl immer mehr Eltern ihre Kinder mit Förderbedarfen in Regelschulen anmelden möchten“, kritisiert der PARITÄTISCHE Hessen. „Es ist skandalös, dass das Hessische Schulgesetz das Recht auf inklusive Beschulung weiterhin unter einen Ressourcenvorbehalt gestellt hat.“

Das Land Hessen erfüllt seine Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention faktisch nicht, nach denen es die Ressourcen für ein inklusives Schulsystem zur Verfügung stellen muss.

druck, dass es den Behörden vielfach nicht darum geht, Geflüchtete bei einer unabhängigen Entscheidungsfindung zu unterstützen, sondern sie unter Druck zu setzen und einzuschüchtern, beispielsweise indem Aufenthaltsge-staltungen nur noch für wenige Tage verlängert werden bis zum Termin für die Rückkehrberatung.

Mit dem Angebot zur freiwilligen Ausreise wollen Bund und Land nach eigenen Angaben Abschiebungen vermeiden. Hessen investiert seit März 2017 zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bundesmitteln eine Million Euro in das eigene Rückkehrprogramm. Im Ankunftszentrum in Gießen werden alle Geflüchteten bereits am zweiten Tag nach der Ankunft, noch bevor sie Asyl beantragen können, einer Rückkehrberatung unterzogen.

Der PARITÄTISCHE Hessen möchte die hessische Praxis bei der Rückkehrberatung weiterhin kritisch beobachten und begleiten. Erfahrungsberichte von betroffenen Geflüchteten sowie von haupt- und ehrenamtlichen Unterstützer_innen sind daher willkommen.

Informationen bitte an:
Lea Rosenberg, Tel. 069 955 262-52
lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Rückkehrberatung darf nicht einschüchtern

In Hessen wird der Druck auf Geflüchtete erhöht, einer so genannten freiwilligen Rückkehr in ihr Herkunftsland zuzustimmen. Dies beobachtet die Liga der Freien Wohlfahrtspflege mit großer Sorge. Alarmiert war sie auch, weil zahlreiche Kommunen und Kreise Betroffenen suggerierten, die Teilnahme an einer Rückkehrberatung sei verpflichtend und mit negativen Konsequenzen wie der Kürzungen von Sozialleistungen drohten, sollte dieser Termin nicht wahrgenommen werden.

Tatsächlich handelt es sich jedoch um ein freiwilliges Angebot, Sanktionen

bei Nicht-Teilnahme sind rechtlich nicht vorgesehen und bewegen sich mindestens an der Grenze der Legalität.

Die Wohlfahrtsverbände forderten die Landesregierung öffentlich auf, diese zweifelhafte Praxis der kommunalen Behörden umgehend zu unterbinden. Daraufhin kündigte das Innenministerium an, dass künftig die Regierungspräsidien Formulierungshilfen für die zuständigen Behörden leisten und deren Einladungen oder Informationsschreiben zur Rückkehrberatung prüfen würden. Dennoch bleibt beim PARITÄTISCHEM Hessen der Ein-

Neue IT-Technik



Damit er seine Mitgliedsorganisationen zukünftig noch effektiver unterstützen kann, hat der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen im Bereich der Informationstechnologie nachgerüstet.

Um den Service für die rund 800 sozialen Organisationen zu optimieren, die ihm angehören, wurde mit Förderung durch die Glücksspirale eine neue Datenbank für die Mitgliederverwaltung angeschafft. Davon profitieren in erster Linie die PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Behinderten-, Sucht-, Alten-, Kinder- und Jugendhilfe sowie der Hilfe für chronisch kranke Menschen und der sozialen Notlagen.